

Lesungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

29. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Dorndits-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 66, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Sauberkeit der Justiz!

Die Koalition der Staatsanwälte mit den Deutschnationalen.

Die Hausdurchsuchungen der Berliner Kriminalpolizei bei den ehemaligen Staatsanwaltsassessoren Kuhmann und Caspari haben in Verbindung mit unseren Mitteilungen gewaltiges Aufsehen erregt. Während die Presse der Demokraten und des Zentrums ihrer Freude darüber Ausdruck gibt, daß es endlich gelungen ist, diese Eiterbeule aufzustoßen und die Quelle der — an sich längst feststehenden — Indiscretionen, nach der man so lange vergeblich gesucht hat, endlich zu entdecken, wechseln auf der Seite der Rechten verlegenes Schweigen mit gemilter Entrüstung. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt, daß wir selber beschlagnahmte Schriftstücke und das Ergebnis der Hausdurchsuchung veröffentlicht hätten. Das ist glatt gelogen. Wir haben über das Ergebnis der Hausdurchsuchung aus eigenem Überhaupt nichts veröffentlicht und im übrigen nur Schriftstücke, die uns bereits im Wortlaut bekannt waren, bevor sie den Behörden zugeleitet wurden. Im Gegensatz zur „Deutschen Zeitung“ schreibt übrigens die ihr geistesverwandte „Kreuz-Zeitung“:

„Da der „Vorwärts“ selbst mittel, daß dieses Material auch ihm selbst „vordem“ vorgelegen hat, so ist wohl die ganze Untersuchung auf eine Demagogie der Barmatisten zurückzuführen.“ Aber auch dies ist unrichtig, wenn man nicht als „Barmatisten“ jeden Unbeliebigen bezeichnen will, der für die Sauberkeit der Justiz kämpft. Im übrigen ist die „Kreuz-Zeitung“ charakteristischerweise bereit, auch schwere Verfehlungen der Staatsanwaltschaft zu decken, denn sie schreibt weiter:

„Wenn die Staatsanwaltschaft ihre Pflicht der Geheimhaltung ihrer Maßnahmen überschritten haben sollte, was keineswegs feststeht, so wäre auch dies zu verstehen, denn sie befand sich von vornherein in einer äußerst schwierigen Lage.“

Damit ist wohl zur Genüge gekennzeichnet, was auf deutschnationaler Seite unter Sauberkeit der Justiz verstanden wird. Von den beteiligten deutschnationalen Stellen und Zeitungen riskiert keine einzige den aussichtslosen Versuch, ihre Zusammenhänge mit Kluge-Knoll abzuleugnen, die „Deutsche Zeitung“ bestärkt sie ausdrücklich.

Was übrigens das im heutigen Morgenblatt des „Vorwärts“ veröffentlichte Dementi der „Telegraphen-Union“ anbelangt, so interessiert in diesem Zusammenhang der folgende Brief Kluges:

Dr. Kluge
Berlin W. 35, Bülowstr. 60
b/von Beaulieu
Telef.: Rollendorf 6662
Berlin, den 16. Mai 1925.
Sehr verehrter Herr Oberfinanzrat Dr. Bang
Berlin-Neutempelhof, Hohenzollerntor 3.
Sehr verehrter Herr Oberfinanzrat!

In der Anlage übersende ich Ihnen unter Bezugnahme auf das heute mit Ihnen geführte Telefongespräch einen gestern von mir an die Telegraphen-Union und Deutschen Pressedienst herausgegebenen Artikel zur gefl. Kenntnisnahme.

Mit deutschem Gruß, Ihr sehr ergebener
gez. Kluge.

1. Anlage!

Die Erklärung der Deutschnationalen Partei, die nichts zu leugnen versucht, wird von der gesamten übrigen Presse mit Recht als glatte Bestätigung aufgefaßt. Einige Rechtsblätter suchen in offener oder versteckter Weise die Berliner Kriminalpolizei wegen ihres Vorgehens anzugreifen. Aber selbst der deutschnationale „Total-Anzeiger“ muß eine Zuschrift von juristischer Seite veröffentlichen, die besagt, daß das Verfahren der Polizeibehörde in formeller Hinsicht nicht zu beanstanden ist. Das gelte auch dann, wenn die Behörde wirklich gegen den ausgesprochenen Willen der zuständigen Staatsanwaltschaft gehandelt haben sollte. Von letzterem kann natürlich gar keine Rede sein.

Sehr großes Interesse legt die deutschnationale parteiamtliche Erklärung an den Tag für das von Herrn Assessor Caspari gegen sich selbst vor einiger Zeit beantragte Disziplinarverfahren. Die „Deutsche Zeitung“ meint, daß dieses Verfahren Dinge enthüllen dürfte, die „zum Himmel sinken“.

Das glauben wir auch, nur in etwas anderem Sinne. Oder meint die „Deutsche Zeitung“ gleich uns die Art, wie Herr Caspari, nachdem ihm die Bearbeitung der Barmat-Sache vom Justizministerium entzogen war, zu allen möglichen, namentlich auch rechtsstehenden Politikern gelaufen ist und Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um wieder an die Sache heranzukommen — dies in einer Art, die einem politischen Feldzug gegen das Justizministerium vorzweifelhaft ähnlich sah? Ueber diesen Feldzug der Herren Staatsanwälte gegen das preussische Justizministerium

dürfte überhaupt noch sehr viel zu reden sein. Wir erwähnten bereits, daß die Veröffentlichung des Kammergerichtsbeschlusses in Sachen Barmat seinerzeit von Kuhmann und Knoll als Schlag gegen das Justizministerium ausgebeutet wurde, weil dieses im Hofle-Ausschuß die dort aufgedeckten Uebergriffe der Staatsanwälte Felger und Linde nicht zu decken bereit war. Aber dieser Feldzug wurde noch viel intensiver, als demnächst der Gruppe Linde-Felger-Caspari-Kuhmann die Bearbeitung der Sache Barmat entzogen wurde. Wir können heute mitteilen, daß die wahnwitzige Kampagne der Rechtspresse in den letzten Wochen gegen das preussische Justizministerium, die in der Forderung der „Deutschen Zeitung“ gipfelte, Herrn Minister am Zehnhoff in Anklagezustand zu versetzen (!), ebenfalls von dem Bureau Kluge-Knoll und seinen staatsanwaltschaftlichen Hintermännern dirigiert war. Diese Herren mußten so gut Bescheid, daß sie insinuaire waren, die einzelnen Heftartikel schon am Tage vor ihrem Erscheinen mit genauer Uebersicht Dritten gegenüber vorauszusagen. Der Plan

richtete sich im einzelnen gegen den Minister am Zehnhoff, den Staatssekretär Frihe und den Ministerialrat Kuhnt. Diese sollten mit Hilfe der Rechtsparteien gestürzt und durch Personen ersetzt werden, von denen man hoffte, daß sie den Herren Caspari und Kuhmann die Sache Barmat wieder in die Hände spielen sollten.

Ein besonderes Kapitel bildet auch

die Kriminalpolizei.

Der ehemalige Kriminalkommissar Dettmann war von deutschnationaler Seite mit einem Monatsgehalt von 1000 M. engagiert, um namentlich in Holland Material zu sammeln. Wenn Angestellte des Bureau nach Holland fuhren, so trafen sie sich jedesmal „zufällig“ mit Dettmann. Diese Angabe ist durchaus glaubhaft, hat doch auch Herr Tannenpapp vor dem Barmat-Ausschuß erklärt, daß er bei einem nur eintägigen Aufenthalt in Amsterdam, als er ein Raffee betrat, dort „ganz zufällig“ Herrn Dettmann angetroffen und gesprochen habe. Der organisierte Zufall! Aber auch der aktive Kriminalassistent Ganß, der Herrn Kuhmann auf seiner Segeltour begleitete, wäre zu der Ehre, als mittlerer Beamter einen sonst sehr standesstolzen Assessor begleiten zu dürfen, nicht gelangt, wenn er nicht in der Barmat-Affäre eine besondere Rolle spielte. So hatte Herr Ganß Kenntnis von einem Unternehmen, das auf die Entwendung von Aktien durch Einbruch bei der Amegima in Amsterdam hinführte, ein mißglücktes Unternehmen, das aber, als es noch geplant war, Herr Tannenpapp etwas unvorsichtig vor dem Untersuchungsausschuß andeutete. Herr Ganß gibt allerdings an, seine Rithilfe zu dem Einbruch verweigert zu haben. Aber wie kamen die Einbrecher überhaupt dazu, ihn als aktiven Kriminalbeamten zu solcher Tat auszufordern?!

Ferner spielt auch eine Rolle der Kriminalassistent Kowalski, der Kuhmann auf seiner Automobiltour nach Deutsch-Oesterreich begleitete. Diese Reise Kuhmanns hatte den Zweck, die österreichischen Behörden in der Wöllersdorfer Angelegenheit zu einer Paralektion gegen Starz zu veranlassen.

Von der Reise schrieb Herr Kowalski im Auftrage Kuhmanns an Kluge-Knoll folgenden Brief:

Wien, den 26. Januar 1925.

Sehr geehrter Herr!

Im Auftrage des Herrn Assessors Dr. Kuhmann teile ich Ihnen mit, daß Starz hier eine Reihe von Torpedobooten für 500 M. (im Original unterstrichen. — Red.) pro Stück erworben haben sollte. Falls Sie in der Lage seien, durch Beziehungen beim Marineministerium feststellen zu können, daß dies zutreffend, erbittet Herr Dr. Kuhmann Drahtnachricht bis spätestens Donnerstag abend nach hier, Hotel Erzherzog Ruiner.

Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst
Kowalski, Kriminalassistent.

Dieser Brief zeigt die Verbindung zwischen dem Staatsanwaltsassessor Kuhmann und dem Kluge-Knoll'schen Bureau in unwiderleglicher Klarheit. Er gibt auf der einen Seite Informationen, die nur politischen Zwecken dienen können, fordert auf der anderen Seite Recherchen zu gleichen Zwecken. Daß es sich nicht um eine strafrechtliche, sondern nur um eine politische Aktion handeln kann, ergibt sich ganz klar daraus, daß Kuhmann den Privatmann Knoll mit Nachforschungen beauftragt. Hätte es sich um eine strafrechtliche Sache gehandelt, so hätte Kuhmann ja ohne weiteres in seiner amtlichen Eigenschaft als Staatsanwalt vom Ministerium Auskunft einfordern können. Aber Herr Kuhmann wollte eben gar nicht als Staatsanwalt fungieren, er wollte, wie auch aus zahlreichen mündlichen Äußerungen hervorgeht, einen politischen Standfuß aufziehen.

Und hier muß schließlich im Zusammenhang mit den Reisen des Herrn Kuhmann, die im Automobil durch Holland, Oesterreich usw. erfolgten

die Frage der Finanzierung

aufgemerksamt werden. Bis heute hat das Justizministerium die von sozialdemokratischen Abgeordneten beim Justizetat aufgeworfene Frage nicht beantwortet, ob diese Reisen — ebenso wie die Flugzeugfahrten des Herrn Assessor Caspari — aus staatlichen Mitteln finanziert worden sind, oder ob private Geld- und Auftraggeber die Kosten getragen haben, etwa dieselben, die 5000 M. durch Herrn Weiß, den Leiter der deutschnationalen Geschäftsstelle, zum Ankauf gestohlener Aktien der Deutschen Werke vorstreckten. Bis heute auch ist die Frage nicht beantwortet, ob es wahr ist, daß Herr Assessor Kuhmann auf holländischem Boden Vernehmungen vorgenommen hat. Wir erwarten, daß das Justizministerium diese Fragen auf das sorgfältigste prüft.

Verleumdung ohne Grundlage.

Vielleicht aus der Knoll-Kuhmann'schen Fabrik.

Erfurt, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fand vor dem hiesigen Schöffengericht die Verhandlung gegen den politischen Redakteur der „Thüringer Allgemeinen Zeitung“ statt, der in einer Wahnnummer vor der Hindenburg-Wahl die Behauptung aufgestellt hatte, der frühere Reichswirtschaftsminister, Graf Robert Schmidt, habe während seiner Amtstätigkeit „für seine vollen Taschen gesorgt“. Der Angeklagte gab an, die Rolle einer Korrespondenz entnommen zu haben. Es wurde ein Vergleich geschlossen, in dem der Angeklagte feststellte, daß er keinerlei Grundlagen für seine Behauptungen habe und er bedauern, irreführend worden zu sein. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

Mussolini — Luther.

Italien macht Deutschland den Brotzoll nach!

Rom, den 25. Juli 1925.

An ein und demselben Tage hat der faschistische Ministerpräsident die Wiedereinführung des Getreidezolls in der Höhe von 7,5 Goldlire (etwa 38 Lire) für den Meterzentner dekretiert und die Aufhebung der Steuer von 15 Proz. auf die Kupons der Aktien. Zum Ueberflus hat man nach die Verbrauchsabgabe für Benzin auf die Hälfte herabgesetzt. Das ist eine Provokation und will eine Provokation sein. Der Faschismus reißt sich die Hände: leht, was wir dem Volke bieten können, ohne daß es sich auflehnt; leht, daß man auf das Volk pfeifen kann, wenn man nur für die Agrarier und für die Hochfinanz sorgt.

Daß die ganze von Mussolini befehligte „Schlacht des Kornes“ mit dem Getreidezoll, also mit der Niederlage der Konsumenten, enden würde, hatten wir gleich gesagt. Die Agrarier selbst hatten sich zwar mit 5 Goldlire Zoll begnügt, aber der Faschismus ist großzügig und kümmert sich nicht um die Kaufkraft der Konsumenten. Was kümmert es ihn, daß in Italien seit Anfang 1923 die Kosten des Lebensunterhaltes beständig steigen, während der Arbeitslohn stationär bleibt? Seht man die Unterhaltskosten und die Löhne von 1913/14 = 100, so hat man im Dezember 1924 als Kosten für den Unterhalt 580, als Lohn 486. Seitdem sind alle Preise über 10 Proz. gestiegen, ohne daß sich die Löhne gehoben hätten. Der italienische Arbeiter hat also heute eine niedrigere Lebenshaltung als in der unmittelbaren Vorkriegszeit.

Der offizielle Gedankengang, oder richtiger: die offizielle Taschenspielerlei begründet die Maßnahmen wie folgt: die italienische Baluta ist in rapidem Aufstiege, weil die Handelsbilanz passiv ist. Diese Unterbilanz ist ein Folge des Bedürfnisses nach fremdem Weizen, von dem in normalen Jahren etwa 25 Millionen Meterzentner eingeführt werden müssen. Um dieser Unterproduktion an Weizen abzuwehren, brauchen wir eine intensivere Produktion, und die gibt es nur, wenn die Landwirtschaft gewiß ist, einen angemessenen Preis ihrer Produkte zu erzielen. Daher Kornzoll, der den Einfuhrbedarf auf 10 Millionen (!) herabsetzen wird, also Besserung der Baluta und entsprechende Verbilligung aller Waren. Da außerdem die Börse etwas „verängstigt“ ist, weil eine großzügige Baiffe inszeniert ist, muß man sie ermutigen, indem man den armen Kupons ihre Steuerlast abnimmt, damit sie wieder siegreich „ihre Schlacht“ kämpfen.

Es ist wirklich wunderbar, daß ein so einfaches Mittel zu Italien Wohlstand bis jetzt von allen Regierungen außer acht gelassen worden ist. Noch wunderbarer ist, daß derselbe Weizenzoll, den wir vom 24. Juli an genießen werden, vom August 1898 an beinahe 15 Jahre Italien zuteil geworden ist, ohne jene Produktion zu zeitigen, die man heute von ihm verlangt. Nach dem statistischen Jahrbuch von 1911 betrug (mit Zoll in der heutigen Höhe) in den drei Jahren 1909/11, bei einer Anbaufläche von 4,8 Millionen Hektar, die mittlere Jahresproduktion 48,6 Millionen Meterzentner; ohne Zoll, in den Jahren 1921/23, bei einer Anbaufläche von 4,5 Millionen Hektar dagegen 52,8 Millionen (Mortara, Prospettivo economico, 1925). Warum soll der Weizenzoll heute vermögen, was er noch nie vermocht hat? Er soll die 230 000 Hektar, die man seit 1913 dem Weizenbau entzogen hat, zurückerobern. Ja, glaubt man im Ernst, daß die Landwirtschaft guten Weizenboden aufgegeben hat? Sie hat Boden aufgegeben, der sich besser für andere Produkte, für Gemüse, für Obstbau, für Weidewirtschaft eignete. Tatsächlich ist, wie die Angaben zeigen, trotz verminderter Anbaufläche der Ertrag gestiegen; da wird die Zurückerobung des verlassenen Bodens kaum die Einfuhrbedürfnisse von 25—30 auf 10 Millionen Meterzentner herabsetzen. Uebrigens würden auch 10 Millionen Meterzentner eine jährliche Mehrbelastung der Konsumenten um 75 Millionen Goldlire bedeuten, wofür es nur den einzigen Trost gibt, daß die Aktienkupons und die Automobile entsprechend entlastet werden.

Es ist natürlich ein Köhlerglaube, daß ein Land gerade in der Deckung des eigenen Weizenbedarfs die gesunde Grundlage seiner Wirtschaft findet. Italien hat mehr als 120 Einwohner auf den Quadratkilometer, hat ausgedehnte Gebirge, die nicht anbaufähig sind, hat einen Geburtenüberschuß von 365 000 Menschen im Jahr, hat klimatische Verhältnisse, die es auf viel inkontrivere Formen des Anbaus hinweisen — namentlich Obst und Gemüse —, warum soll es da gerade Weizen bauen, der verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte braucht? Vielleicht wird man durch den Zoll eine Vermehrung der Anbaufläche erzielen und eine Erhöhung des Ertrags; sicher aber eine Verminderung des Konsums. Der Weizenkonsum beträgt etwa 175 Millionen pro Kopf. Der Gesamtkonsum an Getreide- und Kartoffeln ist gegenüber der Vorkriegszeit von 363 pro Kopf und Jahr auf 326 Kilogramm (Durchschnitt 1921/24) gesunken, wofür vielleicht der größere Fleischverbrauch des Landvolkes einen physiologischen Ersatz bot. Bei der heutigen Wirtschaftslage müssen wir aber damit rechnen, gleichzeitig den Brot- und den Fleischkonsum zurückgehen zu sehen.

Wenn so für den italienischen Konsumenten schwere Zeiten heraufziehen, so geht es dafür den großen Banken um so besser. Was hat die faschistische Presse in diesen Wochen über die Baiffekampagne der Börsen gemurmelt! Es war ihr unbegreiflich, warum — bei Rückgang der Baluta — die Aktien aller Industriebetriebe sanken.

Zwischen jeder Zeile stand die Mahnung: verkauft, verkauft Hals über Kopf! Jeder Rat, sich vor der Panik zu hüten, sollte Panik säen und säen Panik. Und heute ist Erntezeit. Die Banken haben aufgekauft, was unter dem Einfluß ihrer Presse auf den Markt gemorren wurde, haben zu niedrigen Preisen riesige Aktienbestände in ihre Hände gebracht. Natürlich haben sie das nur aus Patriotismus getan, sonst hätten die bösen Ausländer sich der nationalen Industrien bemächtigt. Jetzt belohnt sich die gute Tat, ohne langfristige Ausstände. Jetzt werden die auf einmal von der Einkommensteuer befreiten Aktien emporschnellen und den Profit der ganzen Sache, die das Land Hunderte von Millionen kostet, sacken die Großbanken ein. Es geht nichts über eine Regierung, die enge Fühlung zur Hochfinanz hat, ohne daß sich zwischen beide die verschiedenen Interessengruppen drängen, wie Parlament und berartige veraltete Anstalten. Mussolini macht heute alles mit sich und seinem Gott ab, und ist es nicht der alte Jehovah, so doch sein Zeitgenosse, das goldne Kalb. . .

## Zentrum und Zollkompromiß.

Joos als Verteidiger.

In der „Germania“ polemisiert der Reichstagsabgeordnete Joos gegen einen Aufsatz, der in der sozialdemokratischen Presse des Bestens erschien und sich an die sozialistischen Arbeiter wandte. Er sieht in diesem Aufsatz, der sich gegen die Zollpläne der Regierung wendet, „ein bedauerliches Nachwerk“, ein „trauriges Dokument“, einen „Rückfall in die parteipolitischen Methoden der Vergangenheit“. Und das alles, weil in dem angegriffenen Aufsatz eine Rechtsentwicklung des Zentrums festgestellt wurde.

Der Aufsatz von Joos wird zu einer Verteidigung des Zollkompromisses:

„Es ist nicht wahr, daß im Zollkompromiß, dessen Gestalt noch gar nicht fertig ist, die Interessen der Arbeiter zugunsten eines „agrarischen Flügels“ geopfert worden sind. Was bislang beschlossen ist, liegt durchaus in der Linie des Programms der Agrarsachverständigen und, wie wir zu wissen glauben, bis zu einem gewissen Grade auch in der Linie des sozialdemokratischen Agrarprogramms. Der Zolltarif soll Handelsverträge ermöglichen, soll den Außen- und Innenmarkt und damit unser Wirtschaftsleben befruchten. So berühren sich Arbeiterinteressen und Zolltarif und Agrarschutz. Der Aufruf stellt die Tatsachen auf den Kopf. Gerade die ostelblichen Großgrundbesitzer kommen bei dem jetzigen Zolltarif nicht auf ihre Rechnung, der kleine und mittlere Bauer eher. Was die Regierungsoorlage dem reinen Getreidebau gemäßen wollte, ist eben geändert worden. Der Aufruf redet tatsächlich in den Wind.“

Wir bedauern — aber diese Darstellung des sachlichen Inhalts des Zollkompromisses ist eben nicht richtig. Es bleibt bei den Getreidezöllen, die durch eine Vereinbarung der Mehrheitsparteien nach unten gebunden werden. Es bleibt dabei, daß die Gesamtheit der Agrarzölle ein Sinken der Kaufkraft der konsumierenden Bevölkerung mit allen Folgen für die Wirtschaft zur Folge haben muß, während auf der anderen Seite die Bodenpreise und die Bodenrente steigt. Es bleibt auch dabei, daß die reinen agrarischen Interessenpolitiker sich für zufriedengestellt erklärt haben.

Nun aber das politische! Das Zollkompromiß — und die sechs Anträge haben doch schließlich fertige Gestalt — gibt der Regierung eine weitgehende Ermächtigung in Zollfragen. In dieser Regierung ist das Zentrum vertreten durch Herrn Brauns, die Deutschnationalen durch die Herren Kanig, Neuhaus, Schlieben und Schiele. Die drei erstgenannten vertreten die bei Zollfragen beteiligten Reiforts. Noch vor einem Vierteljahr hätte das Zentrum diesen Herren die verlangte Ermächtigung nicht gegeben. Ist das nicht Rechtsentwicklung?

Weiter: die kleine Zolltarifnovelle sollte nur Verhandlungszölle enthalten, die als Waffe in der Hand der Unterhändler bei den Handelsvertragsverhandlungen dienen sollten. Die agrarischen Vertreter in der Regierung haben die Novelle solange sabotiert, bis sie die Zustimmung des Kabinetts für die Hereinnahme reiner agrarischer Schutzzölle erhielten. Das Zentrum gibt jetzt dazu seine Zustimmung: Ist das nicht Rechtsentwicklung?

Es bleibt dabei, daß die agrarischen Interessenten ihren Willen durchgesetzt haben, und daß das Zentrum sich ihnen fügt. Im übrigen: die Entwicklung der deutschen Politik wird nicht gefördert durch Kompromisse, die eine Kapitulation vor dem Geiste der Interessenwirtschaft darstellen. Wir wissen nur zu gut, daß Koalitionspolitik ohne Kompromisse nicht möglich ist. Das Zollkompromiß aber — weit entfernt davon, fortschrittliche Elemente zu enthalten — verbaut den Weg zum Abbau der Zollschranken in Europa in einem Augenblick, in dem von Deutschland aus entscheidende Anstöße gegeben werden könnten, es führt zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze. Es gehört zu jenen Kompromissen, die eine Partei wie das Zentrum nicht eingehen kann, ohne daß ihr Wesen berührt würde.

## Verlängerung des Notetats.

Wiedereinberufung des Reichstags im Oktober.

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben einen Antrag eingebracht, nach dem die Gültigkeitsdauer des Gesetzes über den vorläufigen Etat bis zum 8. August 1925 verlängert wird. Sollte bis zu diesem Datum die Feststellung des Etats nicht erfolgt sein, so wird die Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 31. Oktober 1925 verlängert. Aus diesem Antrag ist zu schließen, daß der Reichstag nach der Sommerpause im Oktober zusammenberufen werden soll, um den Etat fertigzustellen.

Das Notgesetz wurde vom Reichstag ohne Diskussion dem Haushaltsausschuß überwiesen.

## Schieles gelbe Schüllinge.

Der Dementier-Apparat in Arbeit.

Reichstagsabgeordneter Genosse Grafmann schreibt uns: Eine „zuständige Stelle“ behauptet in einer Erklärung an die Presse, daß meine Veröffentlichungen über die Zusammenhänge des Reichsinnenministers und der gelben „Zentralkommission“ jeder Begründung entbehren, und daß das Reichsministerium des Innern mit der gelben „Zentralkommission“ niemals Beziehungen unterhalten habe.

Will die „zuständige Stelle“ auch bestreiten, daß der Begründer, zweite Vorsitzende und faktische Leiter der „Zentralkommission“, Oberleutnant Kienzl, mehrmals wöchentlich bald dem Reichsinnenminister Jarres persönlich, bald dem Leiter des politischen Bureaus in den Diensträumen ausgesucht hat? Und will Herr Schiele leugnen, daß er als Minister diese Beziehungen durch Vermittlung eines Fraktionskollegen fortgesetzt hat? Die „zuständige Stelle“ vermeidet es bezeichnenderweise ängstlich, den Namen Kienzl zu nennen.

Was nun die „Technische Rothilfe“ betrifft, die durch Vermittlung der gleichen „zuständigen Stelle“ von der „Zentralkommission“ abzurufen sucht, so will ich mich für heute auf die Frage beschränken, ob sie auch bestreiten will, daß der Leiter ihrer nordwestlichen Bruderorganisation mit der gelben „Zentralkommission“ aufs engste zusammenarbeitet?

Wie lange will das Reichsinnenministerium dulden, daß die „zuständige Stelle“ solche unwahren Informationen verbreitet?

Die Veröffentlichung über die „weißen Betriebszellen“ veranlassen sogar den gelben Reichsanbeiterbund, in einer „Berichtigung“ von der „Zentralkommission“ des Kienzl abzurufen. Diese Arbeiterschuttruppe des Reichsanbundes legt Wert darauf, daß wir mitteilen, sie befände sich „nicht in der Gesellschaft des Herrn Kienzl und seiner weißen Betriebszellen“. Auch stehe er nicht in finanzieller Beziehung zum Republikerschuttfonds.

## Eine Femeorganisation in Leipzig aufgedeckt

Ein Attentat verhindert.

Leipzig, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der vergangenen Nacht wurden in Leipzig-Gohlis drei Führer der Feme-Organisation verhaftet. Mehrere Mitglieder des „Nationalen Bundes für Wehr und Hilfe“ haben einen Ueberfall auf einen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörenden Major a. D. Braune geplant, um ihn zu verlegen oder gar zu beseitigen. Dem Opfer sollte zuerst Pfeffer in die Augen gestreut und sodann mit einem langen Schol der Hals zugebrochen werden. Man wollte dem Major a. D. des Augenlichts berauben und ihn am Schreiben und Hilarufen hindern. Dem Opfer waren mindestens schwere Schläge mit einem starken Knüttel zugebracht. Ehe jedoch die Täter ihre Tat ausführen konnten, wurden sie von einem Polizeibeamten festgenommen, der im Auftrage der politischen Polizei diese Feme-Organisation schon seit einigen Tagen verfolgt. Im Besitze des Anführers, eines ehemaligen Offiziers, wurde eine mit einem Gemisch von Pfeffer und anderen gefährlichen Pulvern gefüllte Ballpistole vorgefunden. Der Mann gab die Absicht zu, daß er den Major a. D. zunächst mal verteidigungsunfähig machen wollte, um ihn später zu beseitigen. Er gab ferner zu, daß seine Begleiter um die Tat gewußt und sich zur Beihilfe bereit erklärt haben, was von diesen jedoch aufs entschiedenste bestritten wird. Als Grund für seine geplante Tat gibt der Führer Rache an, weil der Major a. D. den Bestrebungen seines Bundes entgegengearbeitet habe. Die vier Täter wurden festgenommen und noch in dieser Nacht dem Staatsanwalt zugeführt.

## Spanisch-französische Parteikonferenz.

Sozialistische Friedenspolitik für Marokko.

Paris, 29. Juli. (WTB.) Gestern haben Vertreter der spanischen und der französischen Sozialisten in Paris miteinander verhandelt, um eine gemeinsame Formel für das Marokkoproblem zu finden. Von französischer Seite nahmen an dieser Beratung u. a. die Abgeordneten Blum und Renaudel teil. Nach Beendigung der Konferenz erklärte der spanische Delegierte, daß er die Friedensbedingungen, die man Abd el Krim stellte und über die berichtet worden sei, als den Tatsachen entsprechend betrachte.

## Bulgarisches.

Brandstiftung in einem Gefängnis. — Zwei frühere Minister verbrannt!

Aus Sofia wird gemeldet:

Am Montag ist, wie erst jetzt bekannt wird, im Keller des Polizeigefängnisses ein Brand ausgebrochen. Dabei sind die dort inhaftierten beiden Minister aus der Stambuliski-Regierung, Kyrl Pambow und Peter Janew, bei lebendigem Leibe verbrannt. Man vermutet allgemein, daß der Brand absichtlich gelegt wurde, um sich der beiden Politiker zu entledigen.

## Ueberfall auf Orlando.

Rom, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Palermo wurde der in einem Auto sitzende ehemalige Ministerpräsident Orlando, der vorher eine Bahre für den Freiheitsklub zu den Gemeindevätern gehalten hatte, von Faschisten überfallen. Die Autofenster wurden mit Knütteln zertrümmert. Orlando selbst blieb unverletzt.

## „Reinigung“.

Rom, 25. Juli. (WTB.) Der Sekretär der faschistischen Partei hat eine Reihe von Abgeordneten wegen Nichterhaltung der politischen Richtlinien der Partei für längere Zeit von jeder politischen Tätigkeit ausgeschlossen. Die Abgeordneten haben Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt.

## An der Grenze.

Von Rudi Hornig, Prag.

Wenn man von dem Kurort Schwab nordlich der deutsch-böhmischen Gegend Lepth-Schnau mit der übrigen prachtvoll gebauten Bergbahn zum Ramm des Erzgebirges fährt, gelangt man nach kurzer Fahrt zu der Grenzstation Roldau, deren Bahnhof hart an der tschechoslowakisch-sächsischen Grenze liegt. Wenn nämlich am nördlichen Ende des Bahnhofs ein Zug rangiert wird, so muß die Vergleichsstation immer wieder ins sächsische Gebiet hinein fahren. Die Straße nach Sachsen führt kaum 200 Meter vom Bahnhof entfernt über eine die Bahnführung überquerende Brücke und man ist bereits auf reichsdeutschem Boden.

Vor der Brücke steht an der Straße das Zollhaus. Große Firmenakten verkünden, daß dieses Haus sowohl die sächsischen als auch die tschechoslowakischen Zollbehörden beherbergt. Rechts von der Haustür ist das Schild in den sächsischen, links in den tschechoslowakischen Farben gehalten. Rechts ein deutscher, links ein tschechischer Text. Bei dem gegenüberliegenden Gasthaus hängt die tschechische Firmenakten über der deutschen.

In den tschechoslowakischen Kammern gibt es bekanntlich nur eine tschechische Amtssprache. Auch in den deutschen Randgebieten des Staates. Ich war daher, als ich während einer Urlaubswanderung an dem Roldauer Zollhaus vorbeikam, darauf neugierig, wie der amtliche Verkehr zwischen den beiden so einträchtig im gleichen Hause amtierenden Zollbehörden eigentlich vor sich geht. Auf dem Bahnhofs in Roldau hatte ich nach den tschechischen und vor den deutschen Aufschriften tschechische Aufschriften gesehen. Daß jedoch die beiden Zollbehörden auch französisch mit einander verhandeln werden, wollte mir nicht einleuchten.

Vor der Tür des Zollgebäudes stand ein tschechisches und ein deutsches Zollorgan. Ich wandte mich, da ich ja noch auf tschechoslowakischem Boden stand, in tschechischer Sprache an den tschechoslowakischen Grenzbeamten mit der Frage, ob ich einen Spaziergang hinüber zum sächsischen Schloß Rehefeld machen könne. Der Grenzbeamte mußte sich nun an den sächsischen Kollegen wenden. Und er tat dies in tschechischer Sprache, was es doch eine amüßliche Frage. Der sächsische Zollbeamte verstand ihn zu meinem Erstaunen auch. Und gab, natürlich deutsch, die Erlaubnis. Daraufhin beendete der tschechoslowakische Grenzbeamte die dienstliche Angelegenheit damit, daß er mir den deutschen Befehl des Sachsen, den er wohl verstanden hatte, ins Tschechische übersetzte.

Ich mußte, als ich die Grenze auf der über die Bahnführung gebenden Brücke überschritt, herzlich lachen: so einfach und dabei doch so drollig habe ich mir die Lösung dieser Sprachenfrage nicht vorgestellt. Beide Grenzorgane müssen in dienstlichen Angelegenheiten die Amtssprache ihres Landes sprechen. Und verstehen sich dabei doch so großartig.

Als ich dann vor dem Rehefelder Schloß stand, in dem früher

Mitglieder der weiland sächsischen Königsfamilie den Sommer zu verbringen pflegten, und mir die Tatsache so recht bewußt wurde, daß die deutsche Fürstenherrschaft nun doch einmal endlich zum Teufel gegangen war, fiel mir auch das kleine Erlebnis beim Roldauer Zollgebäude wieder ein: Wie die beiden Zollorgane, so werden sich auch einmal die Böhmer aller Länder verständigen, wenn sie durch gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis die vorhandenen Gegensätze überbrücken oder zumindest mildern werden. Es geht auch ohne den dummdreisten Hurtopatriotismus. . .

Fauteuil 47 ist ein junger Mann namens Paul, der — immer auf demselben Platz eine Theatervorstellung 82mal besucht, um die Schauspielerin Silberte zu bewundern. Diese Schauspielerin hat eines Tages ihren abgelebten reichen Verehrer satt und läßt sich vom Inspektanten den Herrn vom Fauteuil 47 in ihre Garderobe holen. Was bringt er? Nicht den erwähnten jungen Mann, sondern einen abgetakelten alten Grafen, der zufällig auf Platz 47 nachgerückt ist. Da er ihr sein großes Vermögen zu Füßen legt, geht sie mit ihm eine Verbindung ein. Als Paul (vom Fauteuil 47) mit ihr anzubandeln versucht, passiert ein kleines Mißverständnis: sie verheiratet ihn mit ihrer Tochter, die er gar nicht haben wollte. Die Ehe nimmt einen stürmischen Verlauf, ein zertrümmertes Telefon und zerbrochene Vasen sprechen vom Temperament der jungen Eheleute. — Das ist der Inhalt des Lustspiels von Louis Verneuil, das gestern das „Deutsche Künstlertheater“ auführte. Man sieht, es sind allerhand Uebertragungen in dem Stück. Es kommt immer anders als man denkt. Und das ist das Rezept, nach dem man gute Vaudeville erzeugt. Ein geschickt gezimmter Dialog erfüllt die Rangeweite, die manchmal von dem etwas breit ausgewählten Stoff auszugehen droht. Man freut sich an den sprudelnden Einfallen des erfahrenen Bühnentechnikers Verneuil. Ein Lustspiel ohne viel Originalität, aber voll Witz und guter Charakterzeichnung. Ein für den Sommer ungewohnt gutes Ensemble verhilft dem anspruchslosen Stück zu einem hübschen Erfolg. Hans Brausewetter, der Herr vom Fauteuil 47, legt in die Rolle den Glanz seiner Jugend. Seine Rindlichkeit, seine Treueherzigkeit und seine stürmende Frische bewirgen. Ida Wüst, die angeführte Schauspielerin Silberte, besitzt Routine, Sicherheit, Eleganz — und Knusprigkeit. Eine Keuerscheinung, Hertha Hambach, hatte anfangs mit starker Befangenheit zu kämpfen. Sie sprach nicht, sondern sagte auf. Zwei prächtige Komiker, Adolphe Engers und Julius E. Hermann, bringen die Lacher sofort auf ihre Seite. Der Regisseur Friedrich Lobe wurde gerufen.

Der.

Prof. Bernhard Naunyn, der bekannte Minister, ist in Baden-Baden gestorben. Er war als Sohn eines Berliner Oberbürgermeisters 1839 geboren und wirkte, nach mehrjähriger Assistententätigkeit bei Frerichs, an den Universitäten Dorpat, Bern, Königsberg und Straßburg als Lehrer der inneren Medizin. Seine wissenschaftlichen Arbeiten betreffen vorwiegend das Gebiet der experimentellen klinischen Pathologie. An der Entwicklung der Lehre von den kreisläufigen Neubildungen, der Gelbsucht, der Gallensteinkrankheit und dem Diabetes ist er mit zahlreichen Abhandlungen beteiligt gewesen.

Der teuerste Filmstern der Welt. Der amerikanischen Filmfirma Famous Players Lasky Corporation soll ihr Filmstern Gloria Swanson die schöne Summe von 17 500 Dollar die Woche kosten. Die kostbare Dame hatte bis vor einiger Zeit 5500 Dollar Wochenlohn, aber mit ihrer Berühmtheit wuchsen auch die Angebote an sie, und da die Gesellschaft fürchtete, sie zu verlieren, bot sie dem Filmstern 15 000 Dollar die Woche. Doch die Konturgenz Warner Brothers bot glattweg 17 500 Dollar, und so mußte Famous Players auf diese selbe Summe hinaufgehen. Das ist die höchste Gage, die zurzeit in der Filmwelt gezahlt wird — in deutschem Gelde jährlich etwa 3 822 000 Mark!

Ein neuentdeckter Vermeer van Dessel. In englischem Privatbesitz ist ein bisher unbekanntes Frühwerk des Vermeer van Dessel aufgetaucht, das die Parabel des ungetreuen Knechtes darstellt. Das Bild, das trotz seines überraschend starken Rembrandt-Charakters in vielen Zügen schon den künftigen Koloristen Vermeer ahnen läßt, ist in diesen Tagen zur leihweisen Ausstellung in der vom Kaiser-Friedrich-Museums-Verein veranstalteten Ausstellung alter Meister gelangt. Aus der Sammlung Victor haben wurde das Brustbild eines alten Mannes von Rembrandt dargeleihen. Außerdem sind noch zwei wichtige Bilder von Greco, eine heilige Familie und eine Madonna mit Stiftern und ein Gemälde von Pieter de Hock hinzugekommen.

Böcklin-Ausstellung in der Nationalgalerie. Die neuentdeckten Landschaftsbilder Arnold Böcklins, die von Dr. Hans Wendland in Amerika aufgefunden wurden und von Ende April ab im Museum in Zürich ausgestellt waren, sind inzwischen in den Berliner Kunsthandel übergegangen. Drei der um 1861 herum entstandenen Landschaften aus der italienischen Landschaft erwarb die Berliner Nationalgalerie, zwei gingen in den Besitz der öffentlichen Kunstsammlungen in Basel über, eine wurde von der Bremer Kunsthalle angekauft. Um nun den ganzen, für die Kenntnis des jungen Böcklin bedeutungsvollen Fund allgemein zugänglich zu machen, wird die Nationalgalerie die 31 Studien in nächster Zeit ausstellen.

Gold in Quecksilber auch in Japan gefunden. Die Untersuchungen Prof. Nishies über die Umwandlung von Quecksilber in Gold sind jetzt auch in Japan bekannt worden. Prof. O. Kagawa von der Universität Tokio veröffentlicht in den „Naturwissenschaften“ das Ergebnis seiner Versuche, die in gleicher Richtung verlaufen.

Ein naturwissenschaftlicher Ferienlehrgang findet laut Bekannmachung des Preussischen Unterrichtsministeriums vom 29. September bis 10. Oktober d. J. für Lehrer und Lehrerinnen höherer Lehranstalten statt. Voraussetzung ist für die Teilnehmer Lehrbefähigung in Mathematik und Physik. Den Kursus wird der Direktor der Staatlichen Hochschule für den naturwissenschaftlichen Unterricht, Herrn Kattäke, Berlin NW. 40, Annablenstr. 57/59, leiten. Von der Zulassung von Lehrern und Lehrerinnen aus Groß-Berlin soll abgesehen werden.

Ein deutscher Gelehrter in den Bitterbund bernien. Die Bitterbunds-Kommission für geistige Zusammenarbeit hat den Professor der Nationalökonomie an der Freiburger Universität von Schulz-Gaeberitz zum Leiter der Abteilung für wissenschaftliche Fragen ernannt.

Belehrenge Verbreitung der Sowjetblätter. Die Moskauer Sowjetblätter werden jetzt in einigen der größten Städte Rußlands mit dem Flugzeug verschickt. Am 17. Juli geschick dies zum erstenmal in Nowosibirsk, wo die Nummer der „Koboschnja Sowieta“ von diesem Tage bereits um 5 Uhr nachmittags auf den Straßen veräußert wurde.

## Wie Zölle gemacht werden.

### Aufdeckung der Interessenwirtschaft bei den Zöllen.

Ein sehr bezeichnendes Intermezzo im Zollausfluß läßt gewisse Rückschlüsse zu über die geheimnisvollen Einflüsse, die sich bei der Vorbereitung der Zolltarifnovellen bemerkbar gemacht haben. Genosse Nowak und der Kommunist Dr. Rosenberger hatten auf Grund einer Mitteilung des Schutzverbandes der Oele und Fette verarbeitenden Industrie einige Fragen an die Regierung gestellt, die darin gipfelten, ob dort bekannt sei, welche merkwürdigen Methoden in der Preisbildung der Margarine durch eine Organisation ausgeübt werden, in der die ausländischen Interessenten maßgebend sind und die von früheren Angestellten der Wirtschaftsgesellschaft Deutscher Deilmühlen geführt wird — einer während der Zwangswirtschaft entstandenen, vom Reich kontrollierten Gesellschaft.

Die Regierung antwortete sehr nervös und ohne eigentlich auf die konkreten Fragen einzugehen. Sie verteidigte sich und ihre Beamten gegen gar nicht erhobene Vorwürfe, bis Hilferding sehr energisch die Dinge beim richtigen Namen nannte. Der Genosse Hilferding stellte mit Nachdruck fest, daß die Zölle eine Angelegenheit sind, die ein interessantes Licht werfen auf gewisse Beziehungen, die sich während der Zwangswirtschaft zwischen einzelnen Industrie- und Handelskreisen und Regierungsstellen geknüpft haben, ohne daß sie nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit der notwendigen Eile abgebrochen worden sind. Genosse Hilferding erklärte, er wolle nicht den Vorwurf der Korruption erheben. Aber die Tatsache, daß solche Beziehungen bestanden, bewiesen doch das mangelnde Unterscheidungsvermögen, daß bei einer objektiven Regierung erste Voraussetzung sein müsse.

Die Beziehungen, die sich so herausgebildet haben, bedeuten praktisch, daß die volkswirtschaftlichen Interessen, die die Regierung in erster Linie zu vertreten hat, hinter gewissen privaten Interessen zurücktreten.

Die ganze Angelegenheit ist nur ein Ausschnitt aus der Kartellentwicklung, wie sie durch das Wirken der Außenhandelsstellen treibhausmäßig gezüchtet wird. Es ist bekannt, daß halbamtliche Stellen energigsten Druck anwenden, um die widerstrebenden Elemente der Industrie in diese Kartellbildung hineinzuzwingen. In diesem Falle ist es besonders schlimm, weil die Unterstützung ausländischer Konzerne zugutekam, die dieser Hilfsmittel auf Grund ihrer außerordentlichen Kapitalkraft gar nicht bedürften. Es ist dadurch eine direkte Schädigung der deutschen Wirtschaft eingetreten. Bezeichnend ist auch, wie die ungeheuerlichen Zölle von 20 M. zum Teil aus Delprodukten zustande gekommen sind. Der Reichswirtschaftsrat ist mit diesen Zöllen nicht beschäftigt worden. Sie wurden eingeführt, nachdem die Vorlage den Reichswirtschaftsrat bereits passiert hatte. Bezeichnend ist, daß das Kompromiß der Zollparteien die Vor schläge der Regierung auf 2 M. reduziert hat. Letztendlich ist die Maßnahme der Kompromißparteien ein Beweis für die Richtigkeit unserer Auffassung, daß Rohprodukte grundsätzlich zollfrei bleiben müssen. Am übrigen betonte Hilferding,

daß die sozialdemokratische Fraktion nicht darauf verzichten könne, auf die geheimnisvollen Vorgänge bei der Einführung der Zölle im Plenum des Reichstages noch näher einzugehen.

Der Vertreter der Regierung Ministerialdirektor Hoffmann, mußte auch gegenüber Hilferding nichts anderes zu sagen, als daß kein Beamter des Ernährungsministeriums Beziehungen zur Delindustrie unterhalte und daß nicht das geringste privatwirtschaftliche Interesse vorgelegen habe. Dinge, die niemand behauptet hat und Behauptungen, die niemand bestritt. Auf die konkreten Fragestellungen ging der Regierungsvertreter nicht ein. Der Ton war gereizt und pikiert und im selben Tonfall wurde ihnen von sozialdemokratischer Seite durch Zuruf geantwortet, daß für die Verteidigung im Plenum Zeit und Gelegenheit wäre.

Den Reigen der sachlichen Beratungen eröffnete Genosse Nowak mit einer sachkundigen Betrachtung der Delwirtschaft. Unser Redner bestritt nicht, daß die Delindustrie vorübergehend schlechte Konjunktur gehabt habe. Die Ursache dazu war aber nicht mangelhafter Zollschutz, sondern technische Unvollkommenheit. Nachdem diese Schwierigkeiten beseitigt sind, ist die deutsche Delindustrie in der Lage, jede Konkurrenz zu schlagen. Sie ist gut beschäftigt und die Gesamtsituation macht selbst Erziehungszölle unnötig. Durch Zölle auf Fette und Oele wird die damit verbundene Unproduktion in keiner Weise gefährdet. Und außerdem fördert der Schutzzoll die ausländischen Konzernbestrebungen, die gerade bei der in Frage kommenden Industrie Dimensionen angenommen haben, die den deutschen Einfluß fast völlig auszuschalten vermögen.

## Sicherheitspakt bedeutet Abrüstung.

### Eine Erklärung Coolidge's.

Swampscott, 29. Juli. (W.B.) In der Sommerresidenz des Präsidenten Coolidge wurde gestern mitgeteilt, daß nach Ansicht des Präsidenten der Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes eine bessere Grundlage für eine weitere Abrüstung schaffen würde. Die Meldungen, daß Präsident Coolidge die Hoffnung auf eine weitere Abrüstungskonferenz ausgeprochen habe, werden dementsprechend, doch wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Zustände in Europa der Veranstaltung einer solchen Konferenz noch nicht günstig seien. Der Präsident werde abwarten, bis die Lage stabiler geworden sei. Nach Ansicht des Präsidenten werde die Frage der Abrüstung durch den Sicherheitspakt nicht erledigt und bleibe für künftige Erörterungen offen.

### Besuch des britischen Geschäftsträgers bei Briand.

Paris, 29. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Der englische Geschäftsträger in Paris, Phipps, hatte am Dienstag eine Unterredung mit Briand über die deutsche Sicherheitsnote. Er hat bei dieser Gelegenheit Briand die schriftlichen Aufzeichnungen der von ihm im Namen der englischen Regierung gemachten Ausführungen überlassen, in denen der Standpunkt des Foreign Office niedergelegt ist. Eine Havas-Meldung aus London teilt darüber mit, daß diese englische Antwort auf die letzte Demarche des französischen Botschafters in London, ohne auf die Details der deutschen Note einzugehen, in allgemeinen Linien gehalten sei. Es gehe daraus hervor, daß im großen und ganzen der Eindruck der zuständigen englischen Stelle über die deutsche Note der gleiche sei, wie der der französischen Regierung. Es scheint jedoch, daß das Foreign Office das Bestreben habe, den Meinungsaustrausch derart zu beschleunigen, daß sobald wie möglich die direkten Verhandlungen mit Deutschland aufgenommen werden können. Diese Havas-Meldung behauptet weiter, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen und englischen Regierung, von denen in den letzten Tagen die Rede gewesen sei, in Wirklichkeit nicht beständen. Die englische Regierung vertritt ebenso wie die französische Regierung den Standpunkt, daß Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund keine Ausnahme von den den Mitgliedern des Bundes auferlegten militärischen Verpflichtungen verlangen könne. Deutschland müsse vielmehr seinen Eintritt unter den für alle Mitglieder notwendig gewordenen Bedingungen vollziehen und dann erst stünde es ihm frei, seine besondere Lage vor der zuständigen Stelle des Völkerbundes geltend zu machen, die absolut freie Hand habe, dem Rechnung zu tragen oder nicht. Auch in der Frage der Garantie der östlichen Schiedsverträge durch Frankreich habe England sich bisher in keiner Weise gegen den französischen Standpunkt ausgesprochen.

## Der letzte Festtag der Olympiade.

Am Dienstag traten noch die Leichtathleten, Turner und Fußballer in die Kampfarena, nachdem die anderen Sportarten ihr Programm bereits erledigt hatten. Der Tag hing recht herbstlich mit kaltem und stürmischem Wind an, trotzdem sammelten sich bald viele Zuschauer. Der Wettkampf der Sportler konnten die Finnländer wieder überlegen für sich entscheiden, immerhin sahen ihnen die Deutschen bei der 400-Meter-Entscheidung dicht auf den Fersen. Bei der kleinen olympischen Stafette der Sportlerinnen (200, 50, 50, 100 Meter) mußte Finnland mit dem zweiten Platz vorlieb nehmen, während Deutschland den ersten und dritten Platz belegte. Hier lief die Berlinerinnen Rau von der Freien Turnerschaft die 200-Meter-Strecke. Sehr gut liefen die deutschen Sportlerinnen auch in der 10 x 100-Meter-Stafette, aber der Staffettenwechsel klappte einige Male nicht, so daß trotz eines Sieges die Distanzierung wegen Ueberfahrens der vierten Wechselmarke ausgesprochen wurde. Auch hier war die Turnerstaffel Groß-Berlin durch Lotte Rau vertreten. Das Männerturnen hatte einen Systemwettkampf, der zwischen Finnen, Tschechen (Wulffig und Prag) und Deutschland ausgetragen wurde. Besonders die Finnen und Tschechen zeigten Herorragendes. Während die finnischen Mädchen am Tage vorher zwar qualitativ Gutes boten, aber offenbar noch über recht wenig Übungsstoff verfügten, kam bei den Männern die ganze Vielseitigkeit zum Ausdruck. Es zeigte sich auch, daß der praktische Übungsbetrieb bei den verschiedenen Nationen ziemlich übereinstimmt. Die Finnen und Tschechen gingen am Red mit dem Riefenschwung an, folgend mit Stürzer, Salto. Am Barren die bekannten Kunstübungen, beim Trampolinspringen über den Rasen Hochsprünge mit Ueberhöhen und ähnliches. Die Freiübungen brachten viel Bewegung durch schnelle Veränderung der Gruppenstellungen, sonst waren sie ähnlich dem deutschen System. Mit größter Spannung wurde dem Entscheidungsspiel um die

### Olympiade-Fußballmeisterschaft

entgegengesehen. Hier standen sich Finnland und Deutschland in folgender Aufstellung gegenüber:

Finnland		Kanlanen		A. Dammert	
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio
E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio	E. Kallio	A. Kallio

Roch einmal war die große Kampfbahn bis auf den letzten Platz gefüllt, man harrie gespannt auf den Ausgang des Kampfes. Allgemein herrschte die Meinung, daß die Finnen den Deutschen den Sieg überlassen müßten. Aber gleich zu Anfang zeigten sich die Finnen durch ihren schnellen Lauf überlegen. Der deutsche Torwächter kam anfangs aus der Bedrängnis gar nicht heraus, parierte aber mit großer Selbstgegenwart alle Schüsse und Ecken. Ein großartiges und seines Spiel entwickelte sich vor den Augen der Zuschauer, wie man es selten in dieser Vollkommenheit sah. Begeisterte Beifallsstürme durchbrauten das Stadion. Die Deutschen gingen nun auch offensiv vor, aber auch der Finne hätte sein Heiligum mit gleicher Geschicklichkeit. Wiederholte Ecken blieben ohne Erfolg. So ging das schöne Spiel mit 0:0 in die Pause. Schließlich siegte unter brausendem Beifall die deutsche Mannschaft mit 2:0. — Rassenpyramiden waren als Abschluß des Festes vorgezogen, und damit geht die glänzend verlaufene 1. Internationale Arbeiter-Olympiade zu Ende. Große sportliche Leistungen sind gezeigt worden, in internationaler Harmonie sind die Tage verlaufen. Möge sich die Frucht in der praktischen Zusammenarbeit des Arbeitersports aller Völker in der Zukunft in erhöhtem Maße zeigen! Auf zu neuer Arbeit!

### Charlottenburger Wasser.

Die Wege des Privatkapitals sind allzeit wunderbar gewesen. Mit allen Mitteln verstehen es die Herrschaften, die östentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Charlottenburger Wasserwerte wissen, daß ihre Sache schlecht steht. Sie können zwar Dividende liefern, aber kein Wasser. Und das Wasser, das sie liefern, lassen sie sich anständig bezahlen. Vor allen Dingen haben sie keine Lust, von ihrem Gewinn das Nötige für die Erweiterung ihrer Werke aufzuwenden. Deswegen möchten sie offenbar gern, daß die Stadt ihnen den Laden möglichst teuer abkauft. Auf die Dauer fürchten sie sowieso, den kürzeren zu ziehen. Schon erscheinen in der Berliner Presse Artikel, die geradezu groteske Gedankengänge an das gläubige Publikum bringen. In der „Montagspost“ wird allen Ernstes der Stadt der Vorwurf gemacht, daß sie nicht längst die Charlottenburger Wasserwerte erworben hätte. Der Preis für den Erwerb dürfe keine Rolle spielen! Der Artikelschreiber geht sogar so weit, zu behaupten:

„An dem Wassermangel ist nicht bloß die Berliner Verwaltung schuld, sondern noch viel mehr der Mangel an sozialer Bestimmung. Und damit ist es, seitdem der sozialistische Einschlag auf die Stadtverwaltung so stark geworden ist, nicht besser geworden, sondern schlechter.“

Also, die Sozialisten sind schuld daran, daß im Jahre 1919 im Preussischen Landtag der Antrag auf Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerte abgelehnt wurde. Die Sozialisten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind schuld daran, daß ein sozialdemokratischer Antrag auf Regelung der Verhältnisse im Gebiet der Charlottenburger Werke von der bürgerlichen Mehrheit mit Geschäftsmitteln verschleppt und seine Erledigung vor den Fersen verzögert wurde. Die Sozialisten sind schuld daran, daß die Bürgerlichen gegen eine Uebernahme der Charlottenburger Werke auf die Stadt sind. Wirklich, grotesker kann der Unsinn nicht an den Mann gebracht werden.

### Aufwertungsenttäuschung.

Die Vereinigung der „ehemaligen, durch die Inflation- und Zwangsverkaufe geschädigten Haus- und Grundbesitzer Deutschlands“ hielt gestern abend in den Rüstertüren der Kaiser-Wilhelm-Straße eine öffentliche Mitgliederversammlung ab, in der allgemein eine große Enttäuschung zum Ausdruck kam. Die Erfolge waren bisher, wie der Vorsitzende ausführte, gleich Null. In dem großen Komplex der Aufwertungsprobleme ist dieses eins der verwickeltesten. Der Käufer, der in der Inflationszeit Grundstücke erworben hat, soll die entwerteten Kaufgelder aufwerten; zuerst war der Termin auf Januar 1922 festgelegt worden, in der Hoffnung, durch dieses Entgegenkommen einige Reichstagsparteien zu gewinnen. Da diese Hoffnung aber gescheitert ist, hat man nun den Termin bis 1920 zurückgeschoben; vor allem aber fordert man die Aufwertung der Restkaufgelder. In der Hauptsache richtet sich diese Vereinigung gegen die Ausländer, und unter ihnen vor allem gegen die Östjuden. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden war aber dies klar zu erkennen: die Unzufriedenheit der deutschnationalen Wählererschaft mit ihrer Partei, die ihre Versprechungen vollkommen vergessen hat, denn von allen Parteien heißt gerade die deutschnationalen, am wenigsten Entgegenkommen gezeigt, die Abgeordneten seien für ihre Wähler überhaupt nicht zu sprechen, nur der sozialdemokratische Abgeordnete hätte die Vorschläge der Vereinigung eingehender Prüfung unterzogen.

Der Provinzialverein Berlin des Vaterländischen Frauenvereins, Berlin W. 57, Frobenstr. 1, vorn 2 Treppen, gibt bekannt, daß er an junge Mütter Wertblätter für Säuglingspflege, insbesondere sogenannte Hygieneblätter, unentgeltlich abgibt.

## Deutschvölkische Postkredite.

### Zwei geborstene Säulen.

Im idyllischen Hermsdorf, an der Vorortstraße Berlin—Oranienburg gelegen, trieb seit langem ein gewisser Knaus sein Unwesen. Er nannte sich „Schriftsteller“, behauptete, der Führer des Deutschen Schriftstellerverbandes zu sein und hat auch einige Nummern einer Zeitschrift von sehr zweifelhaftem Wert herausgegeben. Knaus gebärdete sich sehr nationalistisch und war der Liebling der Hermsdorfer deutschvölkischen Kreise. Vor allen Dingen unterstützte ihn das Hermsdorfer deutschvölkische eingestellte Lokalblattchen. Zuletzt hatte er sich auf die Veranstaltung von Rheinlandsfesten geworfen, für die er eine lebhafteste Agitation betrieb. Nun stellt sich heraus, daß Knaus die Hermsdorfer Postkasse um rund 50000 Mark betrogen hat. Er sitzt bereits hinter Schloß und Riegel. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Zu der Angelegenheit erfahren wir weiter, daß es sich bei dem Knauschen Betrüger um eine sogenannte Kreditkassette handelt, die sich zurzeit der hohen Zinssätze leider in unserem Wirtschaftsleben eingebürgert haben. Knaus nahm, dem Zuge der Zeit folgend, Postkredite „in Anspruch“, indem er beim Postamt geringfügige Beträge einzahlte. Darauf hob er beim Postamt Hermsdorf ganz erhebliche Beträge ab, die weit in die Tausende gingen. Dieser Schwindel konnte von ihm nur durchgeführt werden, weil er Helfershelfer hatte. In Frage kommt der Hermsdorfer Postmeister Bartel, der an Knaus, obwohl Knaus' Konto die Beträge nicht aufwies, den doppelten und dreifachen Betrag, der an Knaus überwiesen war, auszahlte. Sehr wahrscheinlich hat Bartel dabei untergeordnete Beamte mißbraucht. Die an Knaus unberechtigt ausgezahlten Summen vergrößerten sich Anfang 1925 von Tag zu Tag. Wie es scheint, hatte Bartel im Anfang vor, mit den erschwundenen Geldern Zinsgeschäfte zu machen. Dabei kam Bartel, der dem Altkolb fleißig zuzusprechen liebt und auch wohl gegenüber Knaus der geistig schwerfälliger ist, ganz in die Hand des Knaus. Die Angelegenheit entwickelte sich so weit, daß Knaus für alle möglichen Leute auf einfache Notizzettel Anmeldeungen aufschrieb, die von Bartel prompt eingelöst wurden. Es steht heute fest, daß Bartel über einen Postinspektor Nagel von Knaus größere Summen an Geld und Wein erhalten hat. Bartel und Nagel sind vorläufig vom Dienst suspendiert. Das erschwundene Geld haben Bartel, Knaus und Konjorten in zahlreichen Auto Touren und Seltsamkeiten bis auf den letzten Pfennig verjubelt. Auffällig ist, daß die Oberpostdirektion Berlin bereits seit Donnerstag voriger Woche über die Verhaftungen des deutschnationalen Postmeisters Bartel informiert war und daß trotzdem noch am Sonnabend voriger Woche an Knaus 500 M. weiter ausgezahlt wurden.

Wie Knaus betätigte sich auch Bartel in der deutschnationalen Bewegung. In letzter Zeit machte er in deutschvölkischer Agitation. So schuf er in Hermsdorfer Seeschloß, einem bis dahin soliden Lokal, eine Heimstätte für die Berliner Rechtsabteilung, wo an jedem Sonnabend und Sonntag geschossen und exerziert wird. Selbstverständlich war Bartels ein bestiger Gegner der Republik. Bei jeder Gelegenheit hing er in seiner Wohnung, die sich im offiziellen Postgebäude Hermsdorf befindet, sechs bis acht große schwarzweiße Fahnen heraus. Kam die Berordnung, republikanisch zu flaggen, wie beim Begräbnis des Reichspräsidenten Ebert, dann hing er eine möglichst kleine schwarzrote Fahne heraus, die in irgendeinem Winkel versteckt der Berordnung gerecht wurde.

### Zusammenstöße mit Kommunisten.

Die SPD. inszeniert augenblicklich eine „Anti-Kriegswoche“. Den Dienstagabend hatte sich die kommunistische Jugend zum Demonstrieren ausgerufen. Nach einer länglichen Kundgebung im Saalbau Friedrichshain, in der mit jugendlichem Ueber Schwung gegen vielerlei gemuttert wurde, formierte sich ein Zug von circa 1200 Personen, der unter Gesang zum Bismarckplatz zog. Hier kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit einem Ueberfallkommando der Schutzpolizei, das auf mehreren Lastautos herarrückte. Die Polizei löste den Demonstrationen auf und machte, da sie hierbei auf Widerstand stieß, an einigen Stellen von dem Gummiknüppel Gebrauch. Es wurden mehrere Eistierungen vorgenommen und eine Fahne beschlagnahmt. So wenig einwandfrei das Auftreten der Kommunisten wieder einmal war, muß man doch auch von unseren Polizeibeamten etwas mehr kaltes Blut und etwas weniger Nervosität erwarten.

### Wiedereröffnung der Scala.

Der Umbau der Scala ist fertiggestellt, und am Sonnabend werden die Vorstellungen wieder aufgenommen. Unter den schwierigsten Verhältnissen, zur Zeit der größten Materialknappheit erbaut, war eine grundlegende Renovierung notwendig. Gleichzeitig damit verband man einen Ausbau der Bühnenräume. Das Foyer wurde, allerdings auf Kosten des Zuschauerraumes, um das Doppelte erweitert. Vor allem aber wurde der Zuschauerraum umgestaltet. Dessen hörte man Klagen, daß von den hinteren Reihen nur die Rücken der Vorderreihen zu sehen seien. Diesem Uebel ist abgeholfen worden, die hinteren Reihen, sowohl im Parkett als im Rang, sind bedeutend erhöht worden, so daß jetzt von jedem Platz die Bühne übersehen werden kann. Die Bühne ist nach hinten um drei Meter erweitert worden; allerdings sollen zu beiden Seiten des Bühnenhauses Neubauten errichtet werden, um bei großen Reuen, die in den nächsten Jahren die Scala aufzuführen gedenkt, Auffahrten für Automobile zu bilden.

Messerstechen am Steffner Bahnhof. In der vergangenen Nacht kam es in der Glöckendörferstraße am Steffner Bahnhof zwischen mehreren, anscheinend angegrüneten Personen zu einer schweren Schlägerei, die in Messerstechereien ausartete. Hierbei wurde der Kaufmann Rierka aus der Bobefstraße in Reutal schwer verletzt (Schädelbeinbruch). Der Bäcker Linke aus der Schlegelstraße erlitt zahlreiche Gesichtsverletzungen, der Kaufmann Gueffron aus der Bergstraße trug einen Knochenbruch davon. Die Verletzten wurden ins Lazaruskrankenhaus übergeführt.

Monatskarten und Marken für Monat August. Vom Dienstag, den 28. Juli bis einschl. Mittwoch, den 5. August findet die Ausgabe von Monatskarten und Wertmarken sowie Berechtigungsscheine für Jugendliche wieder in der Hauptausgabestelle Leipziger Platz 14 statt, vom Donnerstag, den 6. August ab wieder auf dem Straßenbahnhof Urbanstr. 167, Ecke Geibelstraße. Die Ausfertigungszeiten sind nach wie vor werktags von 9—4 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr, am ersten, zweiten, vierten und letzten Werktag im Monat von 8—6 Uhr. Das Fundbüro befindet sich nach wie vor noch auf dem Straßenbahnhof Urbanstr. 167, Ecke Geibelstraße; es ist geöffnet: werktags von 10—3 Uhr und Sonnabends von 10—1 Uhr.

Die Feier ihres 25-jährigen Bestehens und die Weihe ihres Bonners Begeht die 74. Abteilung Seelendorf am Sonntag, den 2. August. Die Bekehrte hält Genosse Viktor Brande-Berlin. Einen vom Gen. Walter Tzjan verfassten Vorbericht (Prolog) wird der Vortragender Erich Hoffmann (Sohn Adolf Hoffmanns) sprechen. 10 Uhr vorm. Empfang der Gäste; 3 Uhr nachm. Festzug durch den Ort zum Festplatz Waldesruh, Nachweiser Kausler. 4—5 Uhr Refekt. Nach der Feier Volkstänze. Näheres durch Gen. Peter Valentini, 1. Vorsitzender, Seelendorf, Poststr. 5.

Ein „Rinder-Rosenfest“ veranstaltet der Sängerkorps Bohndorf (W. d. W.B.) am Sonntag, den 2. August, nachmittags, auf dem Turn- und Spielplatz der Arbeiter-Genossenschaft „Vorwärts“ in Bohndorf, Bahnhofstraße. Mit Rosen geschmückte Wagen der Reinen und Reinen werden um 3 Uhr auf dem Dreieck der Genossenschaft zum Umzug durch den Ort nach dem Spielplatz aufgestellt. Das in vollständigem Charakter gehaltene Fest bietet der Unterhaltung vieles und hat sich alljährlich viele Freunde erworben. Eintritt 20 Pf., Kinder 10 Pf.

# Gewerkschaftsbewegung

## Kampfmaßnahmen der Bauarbeiter.

### Außerordentliche Beiträge von 2 bis 6 Mark.

Am 27. Juli tagte im Hamburger Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Beirates und Vorstandes des Bauergewerksbundes. Den einzigen Beratungsgegenstand bildeten die zurzeit Deutschland durchtobenden Großkämpfe im Baugewerbe.

Der Bundesvorsitzende Paepplow bemerkte dazu, daß nach neueren genauen Feststellungen rund 56000 Mitglieder des Bauergewerksbundes an diesen Kämpfen beteiligt sind. Ausperrungen haben die Unternehmer verhängt in den Freistaaten Baden, Württemberg, Sachsen, der Provinz Sachsen und Anhalt. Außerdem wird gestreikt in Berlin und Kassel. Diese Großkämpfe könnten, da man sich auf eine lange Dauer einstellen müsse, aus laufenden Mitteln allein nicht finanziert werden. Für die nächsten Wochen seien allerdings die Mittel zur Führung der Kämpfe vorhanden, allem Anschein nach seien aber die Unternehmerrziele weiter gestiegt; es handele sich um nicht weniger als um die vollständige Niederrückung der Bauarbeiterorganisationen. Diesen Unternehmerrstreik gibt es mit allen Mitteln abzuwehren. Die rund 320000 nicht im Kampfe stehenden Mitglieder des Bauergewerksbundes könnten aus ordentlichen Mitgliederbeiträgen die Mittel zur Führung der Kämpfe nicht aufbringen. Außerordentliche Beiträge erforderten auch außerordentliche Maßnahmen. Deshalb müssen

### besondere Kampfbeiträge

für die in Arbeit befindlichen Mitglieder des Bundes ausgeschrieben werden. Wir müssen alle unsere Kräfte zusammenschließen, um die Angriffe der Unternehmer abzuwehren.

In der ausgedehnten und lebhaften Aussprache stellte sich deutlich heraus, daß der gegen die Bauarbeiterorganisationen gerichtete Niederrückungsplan der Bauherren ein wohlüberlegtes und wohlüberlegtes ist. Sie beharren noch wie vor auf Abschaffung des Achtstundentages im Baugewerbe, auf Verweigerung der früher reichstärkervertraglich festgelegten sozialen Vergünstigungen der Bauarbeiter, auf Herabsetzung der Stundenlöhne. Hinter dem Bauherren steht die gesamte Großindustrie. Der Kampf der Bauarbeiter hat sich damit zu einem Interessenkampf aller Arbeiter Deutschlands ausgewachsen.

Der Plan der Unternehmer geht dahin, die Bauarbeiterorganisationen mürbe und kampfunfähig zu machen, und dann einen Reichstärkervertrag abzuschließen, der den Achtstundentag beseitigt, bessere Lohn- und Sozialvergünstigungen ausschaltet und die Bauarbeiterorganisationen auf längere Zeit in Fesseln schlägt. Alle Redner stimmten in der Auffassung überein, daß sich der Bauergewerksbund unter keinen Umständen niederknien lassen darf. Aus Mangel an Mitteln zur Führung der Kämpfe dürften diese nicht aufgegeben werden. Schließlich verabschiedeten sich die Anwesenden zu folgenden einstimmig angenommenen Beschlüssen:

„Die den Bauarbeitern aufgezwungenen Kämpfe werden mit Energie fortgeführt. Es werden zur Unterstützung der Kämpfe zunächst für 3 Wochen von jedem in Arbeit stehenden Mitgliede des Bauergewerksbundes besondere Kampfbeiträge erhoben, und zwar für die 32., 33. und 34. Beitragswoche. Der Vorstand wird ermächtigt, im Bedarfsfalle noch weitere Kampfbeiträge einzubehalten.“

### Diese Kampfbeiträge sind Pflichtbeiträge.

Sie müssen neben den ordentlichen Beiträgen schnellstens eingehoben und Zug um Zug der Hauptkasse zur Verfügung gestellt werden. Alle Unterstellungen sind für das ganze Jahr nach der Beitragshöhe des 1. Quartals 1925 zu berechnen. Die Kampfbeiträge betragen je Woche bei einem Stundenlohn bis zu 55 Pf. 2 M., über 55—70 Pf. 3 M., über 70—90 Pf. 4 M., über 90 bis 110 Pf. 5 M., über 110 Pf. 6 M. Lehrlinge, Jugendliche, die Jungendarmen leben, und weibliche Mitglieder sind von der Zahlung der Kampfbeiträge befreit. Sonstige örtliche oder bezirkliche Beschlüsse betreffend Extrabeiträge kommen während der Wochen bei Einhebung der Kampfbeiträge in Wegfall. In Kampfgebieten, wo bereits höhere Streikbeiträge beschlossen sind, sind besondere Zusatzmarken für die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden zulässig. Die in Bezirks- und Bauergewerkschaftskassen befindlichen Streikfonds sind, soweit noch nicht geschieden, sofort der Hauptkasse zur Verfügung zu stellen.“

Damit haben Vorstand und Beirat des Bauergewerksbundes bekräftigt, in diesen den Bauarbeitern durch Unternehmerrwillkür aufgezwungenen Kämpfen ernstlich durchzuhalten. An den Mitgliedern liegt es, durch Solidarität, Disziplin und Opfermut zu zeigen, daß auch sie ernstlich gewillt sind, den Vergewaltigungsabsichten des Unternehmerrtums einen starken Wall entgegenzusetzen. Der Appell an die Mitglieder wird nicht ungehört verhallen. Die Bauarbeiterkämpfe werden zeigen, daß sie immer noch die alte, erprobte Kampfes- und Sturmtruppe der Arbeiterschaft ist.

## Sonnabend Verhandlungen mit der Reichsbahn.

Bekanntlich hatten die vertragschließenden Organisationen der Eisenbahner den Reichslohntarif zum 30. Juli. aufgekündigt. Wie uns mitgeteilt wird, finden am Sonnabend Verhandlungen statt. Die Einladungen hierzu sind bereits an die in Frage kommenden Organisationen ergangen.

## Betriebsverhältnisse bei der Reichsbahn.

Uns wird folgendes mitgeteilt:

Ganz unhaltbare Zustände herrschen auf dem Bahnbetriebswerk Potsdamer Güterbahnhof (Pog). Es befinden sich hier u. a. der sog. Wanneseeschuppen und der Güterschuppen, in denen die an den Betriebsmaschinen notwendigen Reparaturen vorgenommen werden müssen.

Zunächst einiges über den Wanneseeschuppen. Die in diesem Schuppen vorhandene Rauchabzugsanlage befindet sich schon seit langem in einem unbeschreiblichen Zustande. Die Abzugsstände sind derart defekt und durchgerostet, daß der von den unter Dampf stehenden Maschinen entwickelte Dampf durch die Kanäle nicht abziehen kann, sondern durch die Böden entweicht und sich im Schuppen festsetzt. Nun stehen meist in diesem Schuppen 20 Maschinen und vor den Türen weitere 10. Wenn der Wind gerade ungünstig steht, wird der Rauch der draußen stehenden Maschinen auch noch in den Schuppen getrieben. Der Schuppen gleicht dann einer Räucherzimmerei. Den dort Beschäftigten ist es beinahe unmöglich, bei dieser Qualentwicklung zu arbeiten. Augen und Lungen sind stark in Mitleidenschaft genommen. Auf mehrmalige Beschwerden hin ist jetzt endlich zur Reparatur des Rauchabzuges geschritten worden. Es wird aber nicht etwa die ganze Anlage repariert, sondern nur ein Drittel. Die Reparatur der gesamten Anlage würde sich laut Kostenschätzung auf ungefähr 6000 M. stellen; es sind aber für diesen Zweck nur 2000 M. bereitgestellt worden. Die Reparatur eines Teiles der Anlage ist völlig zwecklos, da der Teil des Schuppens, in dem die sog. Auswalmmaschinen frisch angefeuert werden und somit den größten Dampf entwickeln, unberücksichtigt bleibt.

Während der Stilllegung dieses Schuppens dient der sog. Güterschuppen als Reparaturschuppen. Dieser ist in einem noch viel schlimmeren Zustande. Da er eigentlich anderen Zwecken dienen sollte, ist aus ihm die Rauchabzugsanlage gänzlich entfernt worden. In der Kuppeldecke sind viele Fenster entzwei, so daß bei Regenwetter eine schwarze Brühe den Arbeitern auf die Köpfe läuft. In den Tagen der tropischen Hitze fand der Rauch naturgemäß nirgends Abzug, so daß die Arbeiter zeitweise den Raum verlassen mußten, weil sie vor Rauch nicht mehr aus den Augen sehen konnten. Der Werkstättenvorstand hat sich die größte Mühe gegeben, diese Zustände abzuändern, findet aber bei den vorgelegten Dienststellen kein Verständnis dafür. Es bleibt den Beschäftigten nichts anderes mehr übrig, als die Öffentlichkeit auf diese menschenunwürdigen Arbeitsverhältnisse aufmerksam zu machen.

Diese Zuschrift wirft ein grelles Schlaglicht auf die Zustände bei der Reichsbahn. Man kann unter diesen Umständen verstehen, warum man dem Personal verbietet, an die Presse irgendwelche Zustände oder Berichte zu geben.

In keinem Privatbetriebe wären solche schauerhaften Zustände möglich. Man gleicht die Dinge wirklich nicht dadurch aus, daß man einen verpönten, militärischen Erlaß über die Gruppensicht herausgibt und im übrigen den Eisenbahnern einen Maulkorb umbindet.

## Internationaler Kongress der Chemischen Arbeiter.

Wien, 28. Juli. (W.T.B.) Gestern wurde der auf drei Tage anberaumte internationale Kongress der chemischen Arbeiter eröffnet, an dem 42 Delegierte aus allen europäischen Ländern teilnehmen. Die Tagesordnung des Kongresses umfaßt zwei Fragen. Erstens die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der chemischen In-

dustrie und zweitens die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie für die Gesundheit. Zu beiden Punkten erstattete Haupt-Hammover ein ausführliches Referat.

Dem Kongress liegen zwei Resolutionen vor. Die erste spricht sich mit Rücksicht auf die Zunahme internationaler Kartelle und der internationalen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen für einen weiteren Ausbau des internationalen Sekretariats des Fabrikarbeiterverbandes aus. In der zweiten Entschließung werden zum Schutz der in chemischen Betrieben beschäftigten Arbeiter eine Reihe von Forderungen aufgestellt, darunter die Ueberwachung der Schutzvorschriften durch staatliche Beamte, die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages für alle chemischen Arbeiter und einer kürzeren Maximalarbeitszeit für Arbeiter an besonders gefährdeten Arbeitsplätzen, das Verbot der Akkord- und Prämienarbeit bei Arbeiten mit giftigen, sowie säure- oder explosionsgefährlichen Stoffen und das Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei der Herstellung oder Verarbeitung giftiger Stoffe.

## Zum Streik im Saargebiet.

Saarbrücken, 20. Juli. (W.T.B.) Auch die Angestellten der Saargruben haben zur Lage Stellung genommen und ihre Organisationen beauftragt, der Bergwerksdirektion eine Eingabe zu überreichen, in der sofortige Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat der Saargruben gefordert werden, da die Gehälter der Grubenangestellten ebenso wie die Löhne der Bergarbeiter einer Aufbesserung bedürfen. Ferner wurde beschlossen, daß die Angestellten während des Ausstandes der Bergarbeiter jede Arbeit, die für gewöhnlich von Arbeitern ausgeführt wird, ablehnen sollen.

Paris, 29. Juli. (W.T.B.) Der Arbeitsminister Laval empfing gestern eine Abordnung der Bergarbeitergewerkschaften aus dem Saargebiet, die ihm darlegte, daß die Löhne ungenügend seien, da die Lebensbedingungen im Saargebiet besonders schwierig seien. Der Minister entgegnete ihnen, daß die Löhne in diesem Jahre bereits bemerkenswert erhöht worden seien. Nach Prüfung der statistischen Angaben über die Kosten der Lebenshaltung im Saargebiet und der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der Bergwerke im Zusammenhang mit der Lage auf dem Kohlenmarkt machte der Minister den Mitgliedern der Abordnung bestimmte Vorschläge. Die Delegierten nahmen diese zur Kenntnis und erklärten, daß sie die Vorschläge der Arbeiterschaft unterbreiten würden und unmittelbar nach deren Beschlußfassung antworten würden. Voraussichtlich werden die Arbeiter am Sonnabend zu den Vorschlägen Stellung nehmen.

## Keine Entspannung im englischen Bergbaukonflikt.

London, 29. Juli. (W.T.B.) Zu der Meldung, daß die Bergwerksbesitzer sich bereit erklärt hätten, ihre Vorschläge betreffend neuer Lohnabkommen zurückzuziehen, und die erfolgten Rindigungen zu widerrufen, erfährt Press Association, daß ein derartiger Beschluß nicht erfolgt sei. Die Lage sei noch immer unentschieden.

Der Streik bei der Firma Ofs, Aufzugwerke, Abtg. Stadtlager, Alte Jakobstr. 23/24, geht weiter. Nachdem alle Vergleichsverhandlungen bisher gescheitert sind, hat der Deutsche Metallarbeiterverband am 22. Juli neue Verhandlungen vorgeschlagen. Die Firma hat bisher es noch nicht für nötig gefunden, darauf zu antworten. Zugang ist fernzuhalten.

Verantwortlich für Politik: Helmut Schiff; Wirtschaft: Arthur Selernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kreislager: Dr. John Schittowski; Solos und Coillies: Fritz Kersch; Anzeigen: E. Glode; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornstr.-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin SW. 48, Lindenstraße 1.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Pillale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4 — Tel. Pilsdorf 9831  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Adolf Hoffmann

### Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.

Preis 1 Mark. Forts. 5 Pfennig.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

# Billige Ultimo-Tage

### Kleiderstoffe

Waschmusselin gute Qualität, neue Muster 0.95

Musselin Philana Wellenmusterung, aparte Buntdrucke . . . 1.10

Zephir hellgründig gestreift, für Oberhemden und Blusen . . . 1.25

Schotten doppelbreit, einstückende Stellungen . . . 1.50

Blusenstoffe reine Wolle, allefarben mit farbigen Streifen . . . 1.95

Donegal 140 cm breit, 2. Koellme u. Mädel Mr. 1.95

### Damen-Konfektion

Mädchen-Kleider in hellen Vollstoffen und diversen Längen . . . 7.50

Ein Posten Waschkleider in diversen Stoffen . . . 7.80, 8.90

Ein Posten Damen-Mäntel in reinwollenen Stoffen . . . 28.78, 18.78

Knaben-Sport-Anzüge in Satin und gestreifter Blau . . . 4.50

### Bettwäsche

Bettbezug weiß, aus gutem Wäschele . . 4.95

Kissen dazu passend . . . 1.35

Laken 140x200, in Neuzeit . . . 2.95

Laken 200 cm lang, ohne Naht, kräftig . . . 3.25

Schlafdecke grau, extra schwer . . . 2.10

### Toilette-Artikel

Dörings Badeseife ca. 125 gr. 3 Stück 1.00

Japanische Kirschblüte Kart. 3 Stck. 1.10

Altes Lavendel-Wasser . . Flasche 1.00

Celluloid-Kopfbürsten . . . Stück 1.00

Damenbinden „reine Wolle“ Pak. 12 Stck. 1.00

### Lederwaren

Japan-Hobakoffer unzerstört stabil, vollständig 46 9.25 50 9.75 55 10.25  
Staubf. rel. 2 Patentschlosser . . cm

Koffer aus Hartpappe mit 3 Vulkan-Schulzecken, Schloß 60 4.75 65 5.75 70 6.75  
und 2 Schloßer . . cm

Einkaufsbeutel aus Wachstuch Nur einmaliges Angebot! . . 1.25

Besuchstaschen sort. in Form und Farben . 1.00 | Portemonnaies in all. Lederarten u. Farb. 1.00

### Hauswäsche

Waffel-Handtuch best. gestreift . . . 95 Pf.

Jacquardhandtuch weiß, in Halbleinwand 1.35

Drellhandtuch weiß, in Halbleinwand . . 1.25

Frottiertuch mit roter Kante . . . . . 1.25

Tischdecke best. gestreift, vorach. Muster 1.95

### Damenwäsche

Damen-Hemd Träger und Axelschulz . . 2.25

Damen-Beinkleid dazu passend . . . 2.25

Prinzeßrock guter Wäscheleff u. Stickerel 2.95

Hemd hose Windelform . . . . . 2.95

Jumper-Untertaille aparte Muster . . 1.25

### Herrenartikel

Moderne Selbstbinder reine Seide . 1.65

Moderne Selbstbinder . . . . . 85 Pf.

Herren-Ledergürtel . . . . . 95 Pf.

Moderne Herren-Hüte . . . . . 2.95

Moderne Herren-Hüte . . . . . 4.95

Sockenhalter Seiden-Gummi . . . . . Paar 35 Pf.

# Wilhelm Stein

BERLIN N  
Chausseest. 70-71